

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3767

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3767](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3767)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



**Medienmitteilung des Referendums- und Abstimmungskomitees  
«Mediengesetz NEIN»,**

**Bundesmedienzentrum Bern, 5. Januar 2022:**

## **Raubzug auf die Staatskasse verhindern**

**Das Referendumskomitee «Mediengesetz NEIN» lanciert in Bern seinen Abstimmungskampf für die Volksabstimmung vom 13. Februar über das «Massnahmenpaket zugunsten der Medien». Dabei streicht es heraus, dass die Hauptargumente der Befürworter falsch sind: Nicht die kleinen und mittleren Verlage profitieren von den neuen Subventionen, sondern die grossen. Rund 70 Prozent der neuen Subventionen gehen an die Konzernmedien. Zudem ist es Gift für die Demokratie, wenn die Medien vom Staat abhängig werden.**

«Wir hätten gerne einen staatspolitischen Abstimmungskampf geführt», betont Peter Weigelt, Präsident des Referendumskomitees, Medienunternehmer und alt Nationalrat, vor den Medien in Bern. Doch die Fake News der Befürworter hätten das Komitee nun gezwungen, die Kampagne auf die unnötige und schädliche Steuergeldverschwendung zu konzentrieren. Darum der Slogan: «Keine Steuermilliarden für Medienmillionäre». Weigelt weist detailliert nach, wie stark die marktbeherrschenden Medienkonzerne von den neuen Subventionen profitieren: Es sind rund 70 Prozent. Dies entlarve das Hauptargument der Befürworter als falsch. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger würden bewusst in die Irre geführt.



### **Ständerat Minder: «Börsenkotierte Firmen brauchen kein Steuergeld»**

Der parteilose Ständerat Thomas Minder, Mitglied des Referendumskomitees, Unternehmer und Vater der Abzockerinitiative, bezeichnet den Griff der reichen Verleger in die Staatskasse als «unverschämt». «Börsenkotierte Firmen und reiche Verleger brauchen definitiv kein Steuergeld», so Minder. Deshalb stimme er am 13. Februar mit Überzeugung für ein NEIN. Mit Steuergeldern die Dividenden von Millionären, Milliardären und Aktionären zu erhöhen, das gehe gar nicht. «Ich bin überzeugt, dass dies nicht nur die bürgerlichen, sondern auch viele linke Stimmbürgerinnen und Stimmbürger so sehen», sagt Minder.

### **Gewerbeverbandsdirektor Bigler: Marktverzerrung verhindern**

Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands und ehemaliger Nationalrat, lehnt das Mediengesetz im Namen von Gewerbe und Wirtschaft ab, «weil es den Markt verzerrt und andere Branchen diskriminiert». Lebensmittelhändler und Logistiker bekämen auch kein Steuergeld, um ihr Geschäft zu betreiben. Bigler betont ausserdem, dass die Eidgenössische Wettbewerbskommission das neue Mediengesetz als «verfassungswidrig» beurteilt und empfohlen hat, die gesamte Vorlage zu streichen. Dies müsse nun das Volk tun und am 13. Februar das «Massnahmenpaket» an der Urne versenken.

### **«Unsozial und jugendfeindlich»**

Als Vertreterin der jungen Generationen macht die Rechtsstudentin Evelyn Motschi, Mitglied des Referendumskomitees und der Jungfreisinnigen, darauf aufmerksam, dass die Jungen und weniger begüterten Bürgerinnen und Bürger durch das neue Mediengesetz benachteiligt werden. «Wir Junge beziehen unsere Informationen aus dem Internet, und die wenigsten können oder wollen dafür bezahlen.» Indem aber ausschliesslich Bezahlmedien subventioniert und Gratismedien gezielt diskriminiert würden, schliesse das neue Mediengesetz die Jungen aus. «Das ist unsozial und jugendfeindlich», so Motschi.



### **«Der Fall Ringier darf nicht Schule machen»**

Wie verheerend die Wirkung staatsabhängiger Medien sei, zeige sich aktuell am Fall «Ringier», sagt Philipp Gut, Geschäftsführer des Referendumskomitees, Kommunikationsberater und Journalist. Ringer-CEO Marc Walder hatte den Ringier-Medien weltweit Regierungstreue in der Corona-Politik verordnet, wie Gut im «Nebelspalter» enthüllte. «Das ist Gift für die Demokratie», kommentierte darauf der «Tages-Anzeiger», und zerstöre die Glaubwürdigkeit des Journalismus. Für das Referendumskomitee ist deshalb klar: Der Fall Ringier darf nicht Schule machen. «Auch deshalb braucht es am 13. Februar ein klares NEIN zur unnötigen und schädlichen Staatsfinanzierung der Medien», unterstreicht Gut.

### **Kontakt:**

Peter Weigelt

Präsident Referendumskomitee

E-Mail [peter@weigelt.ch](mailto:peter@weigelt.ch)

Dr. Philipp Gut

Geschäftsführer

E-Mail [info@medien-massnahmenpaket-nein.ch](mailto:info@medien-massnahmenpaket-nein.ch)

Tel. 079 796 15 19



**Medienkonferenz des Referendums- und Abstimmungskomitees  
«Mediengesetz NEIN»,**

**Bundesmedienzentrum Bern, 5. Januar 2022:**

## **Referat a.NR Peter Weigelt, Präsident Komitee, Unternehmer**

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 29. Juni, also vor gut einem halben Jahr, haben wir an dieser Stelle unser Referendum gegen das Massnahmenpaket zugunsten der Medien vorgestellt. In der Zwischenzeit haben wir trotz schwierigsten Bedingungen ein Referendum mit deutlich über 100'000 Unterschriften zustande gebracht und präsentieren heute unsere Abstimmungskampagne. Ob es sachgerecht und fair ist, ein Referendumskomitee zeitlich so unter Druck zu stellen, müssen sie selbst beantworten.

Die Tatsache, dass wir bereits im September, noch während der Unterschriftensammlung, unseren Text für das Bundesbüchlein abgeben mussten, was auch eine sehr frühzeitige Fixierung der Kernaussagen bedeutet, war und ist befremdend. Ab dem Zeitpunkt des offiziellen Zustandekommens des Referendums verblieben gerade einmal 12 Wochen bis zum Abstimmungssonntag, Weihnachten und Neujahr eingeschlossen. In dieser kurzen Zeit müssen wir die Planung, die Organisation und die Umsetzung unserer Kampagne gewährleisten. Eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit und einer direkten Demokratie sicherlich nicht förderlich. Ein Schelm, wer hier Böses denkt.

«Böses» denken muss man jedoch, wenn man die offizielle Kommunikation der Behörden zum anstehenden Urnengang genauer betrachtet. Während die Ja-Kampagne ein Ja als Abwehr gegen Fake-News propagiert, halten deren eigene Aussagen einem Fake-Check in vielen Punkten nicht Stand.



Als Beispiele dienen Aussagen von Bundesrätin Sommaruga in den Medien, wie «**in wenigen Jahren sind über 70 Zeitungen verschwunden.**». Kurt W. Zimmermann, wohl der profilierteste Kommentator der Schweizer Medienszene, bezeichnete dies als «**ziemlichen Mist**», denn seit 2010 sind gerade einmal 3 Tageszeitungen verschwunden.

Aber auch die bundesrätliche Aussage: «**Diese Vorlage machen wir in erster Linie für die kleinen und mittleren Verlage**», so zu hören in der Tagesschau und im «Echo der Zeit», hat wenig mit der Realität zu tun. Gar skurril wird es, wenn ein ehemaliger Preisüberwacher in einer breit abgedruckten Kolumne behauptet: «**Rund 80 Prozent der zukünftigen Medienförderung geht also an die kleineren Blätter...**».

Nicht zuletzt auf Grund dieser völlig falschen Darstellung der Hauptnutznießer der neuen Subventionen - die nur möglich ist, weil ein Entwurf zur Verordnung immer noch fehlt - haben wir unsere Kampagne neu ausgerichtet und voll auf die grossen Profiteure des staatlichen Geldsegens fokussiert.

Zuerst zu den wirklichen Fakten:

Die ausgeweitete **Posttaxenverbilligung** (+20 Mio.) geht zur Hälfte an die Grossen, da mit der Aufhebung der Auflagen-Obergrenze von 40'000 Exemplaren neu auch die grossen Titel der Medienkonzerne subventioniert werden. Konkret heisst dies, dass Tagesanzeiger, Blick oder NZZ neu ebenfalls Subventionen erhalten. Und das nicht nur aus den zusätzlichen 20 Mio., sondern auch aus dem bestehenden Topf, der bisher grossmehrheitlich den kleinen und mittleren Verlagen vorbehalten war. Auch wenn die Beiträge je Exemplar degressiv ausgestaltet werden, über die grossen Auflagen werden die Medienkonzerne massiv profitieren.

Die **Verbilligung der Früh- und Sonntagszustellung** (+40 Mio.) geht zu 90% an die Grossen, da nur sie Sonntagszeitungen herausgeben und fast nur grosse Verlage eine Frühzustellung anbieten.

Die **Förderung der Online-Medien** (+30 Mio.) geht zu rund 80% an die Grossen, da primär diese über Bezahlmodelle im Internet und entsprechende Reichweiten verfügen.

Schliesslich gehen beim erhöhten **Gebührensplitting** (+28 Mio.) rund 70% an die Grossen, da die konzessionierten Radio- und TV-Sender mehrheitlich den Grossen gehören.



**Zählt man alles zusammen, dann gehen von den 151 Mio. neuen Subventionen 76% an die Grossen. Um Ungenauigkeiten Rechnung zu tragen, sprechen wir in der Nein-Kampagne von 70%, womit wir auf einer abgesicherten Grundlage argumentieren können.**

Ein weiteres Argument, das die JA-Kampagne immer wieder einbringt, ist die Drohung, dass **bei einem NEIN die kleinen Lokalmedien gefährdet seien**. Der bereits erwähnte alt Preisüberwacher titelte seine Kolumne gar mit **«Lokalzeitungen in Gefahr»**. Solche Ansagen sind reine Angstmacherei. Denn bei einem NEIN bleibt alles beim Alten und die Kleinen erhalten ihre Subventionen weiterhin. Was wegfällt, sind die Subventionen für die Grossen bei der indirekten Medienförderung sowie die direkten Subventionen bei den Online-Medien, die ohnehin den Grossen zugeschoben werden.

Nebst den finanziellen Argumenten liegen die Befürworter aber auch staatspolitisch falsch. Denn wenn Massnahmen zugunsten der Lokalmedien notwendig sind, dann ist das nicht Sache des Bundes, sondern der Kantone und allenfalls der Gemeinden. Gerade der angesprochene alt Preisüberwacher und Berner alt Nationalrat müsste eigentlich das schweizerische Subsidiaritätsmodell kennen, zumal im Kanton Bern aktuell ein kantonales Medienförderungs-Modell diskutiert wird.

Damit komme ich zu unserer Kampagne, die wir wie angetönt neu konsequent auf die Hauptprofiteure des Massnahmenpakets ausrichten.

Unser Hauptsujet fokussiert auf den gierigen Griff der grossen drei, äusserst finanzstarken Medienkonzerne in die Staatskasse:





Parallel dazu werden wir mit bekannten Köpfen ergänzende Argumente adressieren, hier am Beispiel von Ständerat Thomas Minder, Schaffhausen.

**«Börsenkotierte  
Konzerne und  
reiche Verleger  
brauchen definitiv keine  
Subventionen.»**

Thomas Minder,  
Ständerat partellos,  
Schaffhausen

**MEDIENGESETZ  
NEIN  
AM 13. FEBRUAR**

Der Bund will die reichen Verleger neu jährlich mit 178 Millionen Franken subventionieren und sie damit von der Politik abhängig machen. Das ist Gift für die Demokratie. Darum: Sagen Sie am 13. Februar «Nein» zur unnötigen und schädlichen Staatsfinanzierung der Medien.

[medien-massnahmenpaket-nein.ch](http://medien-massnahmenpaket-nein.ch)

Inhaltlich müssen wir uns leider auf die Korrektur der Falschinformationen seitens des JA-Komitees ausrichten, obwohl wir lieber eine medienpolitische Diskussion geführt hätten.

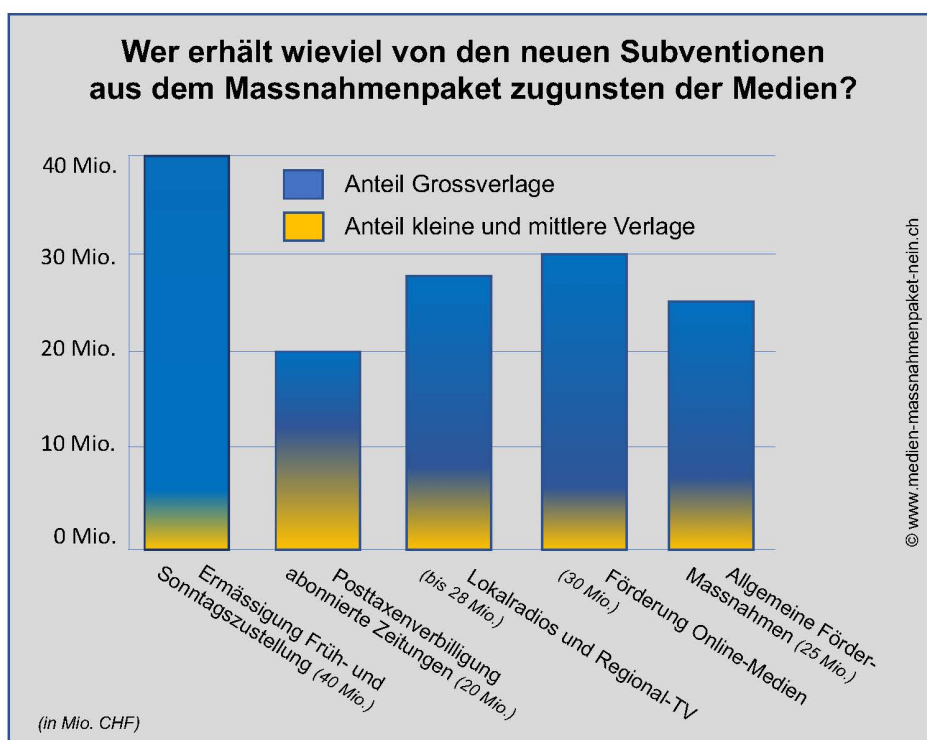
Die Tatsache aber, dass bis heute kein Entwurf einer Verordnung vorliegt und damit völlig unhaltbare Aussagen zu den effektiven Nutznießern gemacht werden können, zwingt uns, unsere gut begründeten und umfassend analysierten Zahlen den Fake-News aus Verwaltung und Verleger-Verband entgegenzustellen. Dass wir dabei sogar manipulative Faktenblätter des BAKOM (z.B. Faktenblatt Nr. 3 vom November 2021) richtigstellen müssen, ist eigentlich ein Skandal.



**Unsere Zahlen zeigen klar, dass die Grossen rund 70% der neuen Mediensubventionen konsumieren!**

Denn von den 151 Mio. Franken, die mit dem Massnahmenpaket jährlich zugunsten der Medien verteilt werden sollen, gehen rund 115 Mio. Franken an die Grossen. Damit fliessen über 70 Prozent der Medien-Subventionen direkt in die Taschen der grossen Medienkonzerne und deren Aktionäre, obwohl diese das Geld nicht nötig haben.

**Bei einem NEIN bleiben die bestehenden Fördermassnahmen für die kleinen und mittleren Verlage erhalten, während der unverschämte Griff der Grossen in die Staatskasse verhindert wird.**



Peter Weigelt, St.Gallen, Präsident des Referendumskomitees

FDP-Nationalrat von 1995 – 2006

damals Kommissionssprecher zum revidierten Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG) und zum revidierten Fernmeldegesetz (FMG) sowie Präsident der FDP Medienkommission



**Medienkonferenz des Referendums- und Abstimmungskomitees  
«Mediengesetz NEIN»,**

**Bundesmedienzentrum Bern, 5. Januar 2022:**

## **Referat a.Nationalrat Hans Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes**

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Medienschaffende,

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv setzt sich, seiner Strategie folgend, für den sorgfältigen Umgang mit Steuergeldern ein. Es ist eine einfache Rechnung. Je weniger der Staat unbegründet ausgibt, desto weniger muss er bei Privaten und Unternehmen einziehen.

Subventionen sind für den sgv aus ordnungspolitischer Sicht immer schädlich. Sie verzerren den freien Wettbewerb. Die Verzerrung ist bei dieser Vorlage offensichtlich. Gratismedien – ob Print oder Online – werden von Subventionen ausgeschlossen! Damit betonieren die grossen Medien-konzerne ihre oligopolistische Macht und damit werden im Rahmen der Digitalisierung innovative Entwicklungen im Markt verhindert.

Die Profiteure der Vorlage sind primär die grossen Verlagshäuser. Von den zusätzlichen 120 Millionen fliesst rund die Hälfte an die TX Group, CH Media, Ringier und NZZ. Selbst in der herausfordernden Corona-Zeit haben diese Verlage Millionen an operativem Gewinn eingefahren. Dennoch wollen sie Gelder vom Staat. Mit dem Argument der Medienvielfalt den grossen Verlagen Millionenbeiträge zuzuschancen, ist scheinheilig. Die Inhalte der Medien der TX Group decken sich bereits heute grösstenteils. Börsenkotierte Konzerne und reiche Verlage brauchen keine mit Steuergeldern finanzierten Subventionen.



Die Befürworterinnen und Befürworter argumentieren, dass diese Unterstützung die digitale Transformation ermögliche. Die digitale Transformation hat jedoch bereits längst stattgefunden. Ausserdem: Alle anderen Branchen – wie zum Beispiel die Lebensmittel- oder Logistikbranche – stehen genau vor der gleichen Herausforderung und sie erhalten keine Subventionen. Die Bevorzugung der Medienbranche ist also verfehlt und diskriminiert alle anderen.

Mit diesem Medienpaket stehen wir vor einem Tabubruch. Neben indirekten sind neu auch direkte Subventionen im Online-Bereich vorgesehen. Die Wettbewerbskommission geisselt dies zu Recht als «verfassungswidrig». Mehr noch, das Mediensubventionsgesetz sei überdies ineffizient und das Massnahmenpaket sei vollumfänglich zu streichen.

Ausserdem: Wo der Staat direkte Leistungen ausrichtet, steigt der Druck auf eine staatliche Kontrolle, da die Abhängigkeit zunimmt. Mit der Schaffung des neuen Gesetzes zur Förderung von Online-Medien und der zusätzlichen Millionen für die grossen Verlagshäuser ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Begehrlichkeiten wachsen. Die Abhängigkeit vom Staat nimmt zu, was dem wettbewerbpolitischen Grundsatz widerspricht. Behörden sollen keine Medienkontrolle ausüben. Die Verleger seien denn auch klar daran erinnert: Ihre Sorgfaltspflicht würde eigentlich erfordern, dass sie als vierte Macht im Staat alles daransetzen, von der ersten und zweiten Macht im Staat unabhängig zu bleiben.

Wie die Aktualität der letzten Tage aber gezeigt hat, rückt offenbar genau diese Sorgfaltspflicht zunehmend in den Hintergrund und die publizistische Unabhängigkeit ist längst nicht mehr einfach so gewährleistet, geschweige denn, dass sie einer journalistischen Selbstverständlichkeit entspringen würde. Und ebenso klar ist aus politischer Sicht die Feststellung, wonach gewisse politische Kreise sehr wohl ein Interesse daran haben, Kontrolle über die Medien auszuüben. Das beweisen nur schon die vehementen Dementi der Befürworter dieser Vorlage auf dieses Argument.

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund dieser Warnung, ist es nun an der Bevölkerung, dieses marktverzerrende, Demokratie-feindliche und diskriminierende Mediengesetz an der Urne mit einem deutlichen NEIN zu versenken und abzulehnen.



**Medienkonferenz des Referendums- und Abstimmungskomitees  
«Mediengesetz NEIN»,**

**Bundesmedienzentrum Bern, 5. Januar 2022:**

## **Referat Ständerat Thomas Minder, parteilos/SH**

### **Keinen staatlichen Eingriff in gut funktionierenden Markt**

Warum engagiere ich mich als parteiloser Ständerat für ein Nein an der Urne gegen dieses neu geplante Mediengesetz? Es sind folgende drei Hauptgründe:

**Erstens:** Wann funktioniert ein Markt? Dann, wenn Gewinne erwirtschaftet werden. In der Medienbranche ist das der Fall – sogar während dem Jahrhundert-Ereignis Corona-Pandemie. Obwohl etwa 1400 Unternehmen mit fast 1900 Printtiteln im Medienmarkt tätig sind, dominieren 4 bis 5 grossen Firmen. Sie saugen den Werbemarkt im Print- wie auch im Online-Bereich von jährlich über 2 Milliarden Franken ab.

Alleine im Krisenjahr 2019 haben die drei Konzerne Ringier, NZZ, TX Group sage und schreibe 336,7 Millionen Gewinn (EBITDA) ausgewiesen. Auch in meinem Kanton weist der Monopolist «Schaffhauser Nachrichten», welcher sowohl Print als auch Radio/TV dominiert, während der Corona-Zeit ein «solides Ergebnis» aus. Was die genauen Geschäftszahlen angeht, schweigt das Unternehmen – logisch, es will an Subvention gelangen. Diese Gewinnzahlen sind Indiz, dass der Markt funktioniert und daher keine Steuergelder-Subventionen braucht.



**Zweitens** ist die Gesetzesvorlage ein Fehlkonstrukt. Warum diskriminiert das Gesetz Gratis-Titel im Print und Online? Warum sollen nur Bezahl-Titel Subventionen bekommen? Gratis erhältliche Produkte sind in den Augen von Bundesbern qualitativ schlechter als solche, für welche der Konsument/Leser bezahlt. Diese Fehlanalyse beruht auf fehlendem Marketing-Wissen. Logisch, in Bundesbern sitzen viele Berufspolitiker, Anwälte und kaum Unternehmer.

Ein Gratis-Produkt im hart umkämpften Medienmarkt am Leben zu behalten, ist die Krönung einer unternehmerischen Leistung. Der Preis eines Produktes oder einer Dienstleistung ist kein Qualitätsmerkmal. Es gibt immer günstige Produkte in einer guten, wie auch sehr teure Produkte in einer miserablen Qualität. Ein Gratis-Produkt wie «Blick online» als qualitativ schlechter einzustufen, basiert auf fehlendem Marketing-Knowhow. «20 Minuten» als Gratis-Titel ist die auflagenstärkste Zeitung in der Schweiz – da hat das Unternehmen zuerst einmal vieles richtig gemacht. Nicht der Staat soll entscheiden, was gekauft und gelesen wird, sondern der Konsument.

Und das wohl absurdeste an diesem unsäglichen Gesetz ist die **Tatsache**, dass sogar die börsenkotierten Firma TX-Group oder NZZ Staatsgelder bekommen. Auch die steinreichen Verlegerfamilien Ringier, Lebrument und Wanner freuen sich am Honigtopf zu partizipieren. Steuer-Milliarden sollen ihre schon millionenschweren Hosentaschen noch mehr füllen.

**Ich stimme aus diesen Gründen mit Überzeugung NEIN am 13. Februar 2022.**



**Medienkonferenz des Referendums- und Abstimmungskomitees  
«Mediengesetz NEIN»,**

**Bundesmedienzentrum Bern, 5. Januar 2022:**

**Referat Evelyn Motschi,  
Vorstand Jungfreisinnige Stadt Zürich**

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich freue mich, als Vertreterin der jüngeren Generation und als jungfreisinnige Politikerin hier zu sein und darlegen zu dürfen, warum das «Massnahmenpaket zugunsten der Medien» abzulehnen ist.

Die Jungfreisinnigen haben klar die Nein-Parole gefasst und engagieren sich stark gegen das Medienpaket. Doch mit dieser Meinung ist unsere Jungpartei nicht allein. Auch andere bürgerliche Jungparteien, inklusive der Jungen Mitte, stellen sich gegen das Mediengesetz. Diese ablehnende Haltung gegenüber dem Subventionspaket - vor allem aus den jüngeren Reihen - ist durchaus verständlich. So beziehen wir Jungen unsere Informationen fast ausschliesslich aus dem Internet. Wie bereits von meinen Mitstreitern erläutert, sollen mit dem Mediensubventions-Gesetz neu auch Online-Medien mit Steuergeldern und damit 30 Millionen Franken jährlich alimentiert werden.

Das mag im ersten Augenblick zwar erfreulich klingen; doch sind es nur die abonnierbaren und damit kostenpflichtigen Online-Medien, die sich aus der Staatskasse bedienen dürfen. Die kostenfreien Online-Medien, über die sich die Jungen primär informieren, sind von der Subventionierung komplett ausgeschlossen. Für jedes Online-Abonnement würden bis zu 60 Prozent der Abo-Einnahmen den Verlegern in die Tasche fliessen. Nicht die zahlenden Konsumenten, sondern die reichen Verleger würden davon profitieren. Dies führt früher oder später dazu, dass die kostenlos verfügbaren lokalen und regionalen Online-Dienste gezielt vom Markt verdrängt werden.



Subventionen sind, wenn immer möglich, zu vermeiden. Sie führen unweigerlich zu Diskriminierung und Marktverzerrung und dienen dazu, dasjenige am Leben zu erhalten, das nicht mehr zukunftsfähig ist. Das Gesetz ist ein Hindernis für Innovation und Fortschritt, indem der Patient namens «Print-Medien» mit kostenintensiven Mitteln künstlich am Leben bzw. im Koma-Zustand erhalten wird. Es ist aber vor allem die Medienbranche, bei welcher das Schlagwort «Aktualität» an oberster Stelle steht. Die Medien haben nicht nur inhaltlich, sondern auch strukturell mit dem Lauf der Zeit zu gehen. Die Digitalisierung ist längst Realität – dieser mussten und müssen sich auch alle anderen Branchen stellen. Die Wirtschaft aufgrund von permanenten neuen Entwicklungen an den Tropf des Staates zu hängen, ist generell eine schlechte Idee. Im Mediensektor ist dies jedoch äusserst schädlich, da die Unabhängigkeit und damit die Glaubwürdigkeit der Medien darunter leidet.

Schliesslich möchte ich darauf aufmerksam machen, dass das Subventionspaket unsolidarisch und unsozial ist. So sind es nicht nur die Interessen der Jungen, die nicht berücksichtigt werden, sondern auch die innovativen Kleinverleger, die weitgehend leer ausgehen. Es profitieren vor allem die Grossverleger von dem Gesetz. Ich verstehe nicht, weshalb man einer Branche, die bereits mehr als genügend Subventionen erhält, über mehrere Jahre verteilt und damit in der Summe Beträge in Milliardenhöhe zuschieben möchte, insbesondere, wenn von diesem Geldsegen vor allem die reichen Grossverleger profitieren.

Nach dem heute Morgen Gesagten ist das Folgende festzuhalten: Das neue Mediengesetz ist schon veraltet, bevor es überhaupt in Kraft gesetzt ist. Die Massnahmen führen nicht zu einer Förderung der Medien insgesamt; im Gegenteil. Bloss gezielte Teilbereiche sollen von den Geldern profitieren. Das Massnahmenpaket fördert die Ungerechtigkeit sowohl innerhalb des Mediensektors als auch gegenüber anderen Branchen und lässt jene Bevölkerungsschichten unbeachtet, die sich teure Abos nicht leisten können. Dazu zählen ganz besonders die Jungen.

**Darum kann es für mich und viele andere junge Menschen in diesem Land am 13. Februar nur eine Antwort geben: Ein klares Nein zum neuen Mediengesetz!**



## **Medienkonferenz des Referendums- und Abstimmungskomitees «Mediengesetz NEIN»,**

**Bundesmedienzentrum Bern, 5. Januar 2022:**

## **Referat Dr. Philipp Gut, Geschäftsführer Komitee, Journalist**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen

Ich begrüsse Sie herzlich zur Medienkonferenz unsers Referendums- und Abstimmungskomitees «Mediengesetz NEIN». Es freut mich sehr, Sie heute hier begrüssen zu dürfen. Dass die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 13. Februar über das Mediengesetz abstimmen können, ist unserem Komitee aus Journalisten und Verlegern zu verdanken. Das ist kein Zufall: Denn auf dem Spiel stehen die Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit des Journalismus – und damit das Funktionieren unserer Schweizer Demokratie. Es ist deshalb äusserst wichtig, dass darüber eine demokratische Debatte stattfindet. Dass das Thema bewegt, hat bereits die Tatsache gezeigt, dass wir mitten in der Pandemie und über die Sommerferien gegen 118 000 Unterschriften gesammelt haben. Nun läuten wir heute den Abstimmungskampf ein. Dabei sind wir überzeugt: Diese Volksabstimmung ist eine der wichtigsten der letzten Jahre!

Die Problematik zeigt exemplarisch der Fall Ringier, den ich an Silvester im «Nebelspalter» publik gemacht habe. Ringier-CEO Marc Walder hat die Ringier-Redaktionen nach eigener Aussage weltweit angewiesen, in der Pandemie die jeweilige Regierung zu «unterstützen». Seither dominiert dieser Fall die Schlagzeilen. Dabei stellt es kein Medium – ob links oder rechts – ernsthaft in Abrede: Eine solch unverfrorene Komplizenschaft zwischen Staats- und Medienmacht gefährdet die demokratische Gewaltenteilung, die Checks and Balances zwischen Regierung, Parlament, Gerichten – und eben den Medien. So sagte Andreas Fahr, Professor für Mediennutzung und Medienwirkung an der Universität Freiburg, im Zusammenhang mit dem Fall Ringier und dem Mediengesetz auf «20 Minuten»: «Medien, als vierte Gewalt, sind ein wichtiger Teil jeder Demokratie. Sie haben die zentrale Aufgabe, Missstände in der Politik aufzudecken.» Sie dürften nicht zum Sprachrohr der Politiker werden, warnte Professor Fahr.





Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es dürfte allen klar sein, was es geschlagen hat – der Fall Ringier darf unter keinen Umständen Schule machen.

Eine breite Nein-Allianz unterstützt deshalb unsere Nein-Kampagne in diesem staats- und demokratiepolitisch so entscheidenden Abstimmungskampf. Um nur einige zu nennen: Alle bürgerlichen Parteipräsidenten von der SVP über die FDP bis zur Mitte und den Grünliberalen sagen Nein zum Mediengesetz. Ebenfalls Nein sagen die bürgerlichen Jungparteien inklusive der Jungen Mitte. Dazu sagen die wichtigsten Wirtschafts- und Gewerbeverbände Nein. Ausserdem sagen Leitmedien wie die NZZ Nein. Und schliesslich – nicht zu vergessen – unabhängige Linke wie die Politologin Regula Stämpfli oder der Journalist und Verleger Peter Knechtli aus Basel. Für sie alle ist es – quer durch die politischen Lager – ein absolutes No Go, die privaten Medien vom Staat abhängig zu machen.

Gerne zeigen wir Ihnen nun in der nächsten halben Stunde, wie unsere Kampagne aussieht und mit welchen Argumenten wir das unnötige und schädliche «Massnahmenpaket zugunsten der Medien» bekämpfen. Für die französisch sprechende Schweiz werden wir am 13. Januar in Lausanne eine eigenständige Medienkonferenz abhalten. Auch das überparteiliche Parlamentarierkomitee (ebenfalls am 13. Januar) und das Journalistenkomitee (18. Januar) werden sich vorstellen und an die Öffentlichkeit wenden.

Zu unserer heutigen Medienkonferenz begrüsse ich jetzt die Teilnehmer auf dem Podium::

- **Peter Weigelt**, Präsident unseres Komitees, alt Nationalrat und Medienunternehmer.
- **Hans-Ulrich Bigler**, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes und ebenfalls ehemaliger Nationalrat
- **Thomas Minder**, Ständerat parteilos Schaffhausen, Unternehmer und Vater der Abzockerinitiative (zugeschaltet per Video)
- Last but not least: **Evelyn Motschi**, Mitglied unseres Komitees, Jungfreisinnige, Studentin der Rechtswissenschaften.

Ich übergebe nun das Wort an unseren Präsidenten Peter Weigelt.



## **Schlusswort**

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen

Gerne möchte ich Ihnen nun Gelegenheit zu Fragen geben.

Zum Schluss möchte ich mich bei Ihnen, den anwesenden Journalistinnen und Journalisten, bedanken. Ihr Interesse zeigt, dass Sie die fundamentale Auseinandersetzung über die Rolle und die Bedeutung von unabhängigen Medien in unserer Demokratie aufnehmen. Der Tages-Anzeiger schrieb dazu: Die explosiven Aussagen von Ringier-Chef Walder könnten «auch Auswirkungen haben auf die eidgenössische Abstimmung über das Mediengesetz vom 13. Februar. Denn es geht um die Frage, wie unabhängig Journalismus in der Schweiz von der Politik ist.» Das trifft ins Schwarze, genau darum geht am 13. Februar. Wie wir Ihnen heute dargelegt haben, geht es um enorm viel – um viel Steuergeld, aber vor allem auch um das Funktionieren unseres demokratischen Systems mit einem glaubwürdigen, unabhängigen Journalismus. Damit dies so bleibt, kämpfen wir aus Überzeugung und mit aller Kraft für ein Nein zum unnötigen und staatspolitisch schädlichen neuen Mediengesetz am 13. Februar.